

Antwort der FDP Berlin auf die Wahlprüfsteine der Landeskonferenz Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte der Berliner Hochschulen

Guten Tag Susanne Plaumann und Dr.ⁱⁿ Corinna Tomberger,

vielen Dank für Ihre Anfrage und Ihr Engagement für die Stärkung der Berliner Hochschulen sowie für Gleichstellung und faire Arbeitsbedingungen in Wissenschaft und Verwaltung. Für uns Freie Demokraten ist klar: Leistungsfähige Hochschulen sind ein zentraler Pfeiler für Freiheit, Innovation und wirtschaftlichen Erfolg unserer Stadt. Sie brauchen Verlässlichkeit, Autonomie und exzellente Rahmenbedingungen, um diese Rolle erfüllen zu können.

Zu Ihren Fragen nehmen wir wie folgt Stellung:

Berliner Hochschulen stärken und schützen

Wie wird Ihre Partei eine verlässliche und auskömmliche Hochschulfinanzierung sicherstellen?

Hochschulen brauchen langfristige Planungssicherheit, um strategische Entscheidungen treffen und ihre Profile weiterentwickeln zu können. Wir setzen uns daher für verlässliche, mehrjährige Finanzierungsvereinbarungen ein, die nicht kurzfristigen politischen Schwankungen unterliegen. Gleichzeitig ist uns wichtig, dass die Mittelverwendung stärker in der Verantwortung der Hochschulen liegt, damit sie flexibel auf neue wissenschaftliche und gesellschaftliche Anforderungen reagieren können. Finanzierung und Autonomie sind für uns zwei Seiten derselben Medaille.

Wie wird Ihre Partei auf Landesebene agieren, um die Berliner Hochschulen gegenüber antidemokratischen, wissenschaftsfeindlichen und antifeministischen Angriffen besser zu schützen?

Hochschulen müssen Orte des freien Denkens und der offenen Debatte bleiben, dürfen aber nicht zu Räumen werden, in denen Einschüchterung oder wissenschaftsfeindliche Positionen dominieren. Wir erwarten hier eine klare Haltung sowohl der Hochschulleitungen als auch der Politik, wenn Grenzen überschritten werden. Der Staat hat die Aufgabe, den institutionellen Schutzrahmen zu gewährleisten und Sicherheit zu garantieren, ohne selbst in wissenschaftliche Inhalte einzugreifen. Entscheidend ist, dass Freiheit geschützt wird, nicht dass sie relativiert wird.

Planen Sie Maßnahmen, um die Wissenschaftsfreiheit und Autonomie der Hochschulen zu stärken?

Ja, die Stärkung der Wissenschaftsfreiheit ist für uns ein zentrales Anliegen. Wir wollen Hochschulen mehr Entscheidungsfreiheit bei Personal, Organisation und Kooperationen geben, um schneller und eigenständiger agieren zu können. Gleichzeitig sehen wir erhebliches Potenzial im Abbau bürokratischer Vorgaben, die Forschung und Lehre unnötig verlangsamen. Unser Ziel ist ein System, das auf Vertrauen in die Institutionen setzt, nicht auf kleinteilige Steuerung.

Gleichstellung ist die richtige Strategie für die BrainCity

Welchen Platz soll Gleichstellung in der künftigen Forschungsstrategie Berlins einnehmen?

Gleichstellung ist für uns ein Bestandteil einer leistungsfähigen und modernen Wissenschaftspolitik, weil sie dazu beiträgt, vorhandene Potenziale besser zu nutzen. Entscheidend ist dabei, gleiche Chancen zu schaffen und strukturelle Hürden abzubauen, nicht Ergebnisse politisch vorzugeben. Wir setzen daher auf Rahmenbedingungen, die individuelle Karrierewege ermöglichen und unterschiedliche Lebensrealitäten berücksichtigen. Eine starke Wissenschaft profitiert von Vielfalt – aber sie lebt von Leistung und Qualität.

Was sind die wesentlichen Handlungsfelder, um Gleichstellung und Antidiskriminierung an den Berliner Hochschulen zu stärken?

Zentrale Ansatzpunkte sehen wir in transparenten Berufungs- und Auswahlverfahren, in der besseren Vereinbarkeit von Familie und wissenschaftlicher Karriere sowie in klaren Strukturen zur Prävention und Aufarbeitung von Diskriminierung. Gleichzeitig ist es wichtig, Maßnahmen so auszugestalten, dass sie tatsächlich wirksam sind und nicht zusätzliche bürokratische Belastungen schaffen. Hochschulen brauchen hier Handlungsspielräume, um passgenaue Lösungen zu entwickeln. Entscheidend ist, dass Fortschritte messbar und nachvollziehbar werden.

Welche Gleichstellungsziele sollen die Hochschulen in den Strukturentwicklungsprozessen erreichen?

Hochschulen sollten sich ambitionierte, aber realistische Ziele setzen, die zu ihrem jeweiligen Profil und ihren Fachkulturen passen. Der Staat sollte hierfür Leitplanken

definieren und Transparenz einfordern, aber keine zentralistischen Detailvorgaben machen. Entscheidend ist, dass Gleichstellung als integraler Bestandteil der strategischen Entwicklung verstanden wird und nicht als nachgelagerte Aufgabe. Für uns steht im Vordergrund, dass tatsächliche Chancengleichheit erreicht wird und Fortschritte überprüfbar sind.

Frauenförderung und Geschlechterforschung ausbauen

Plant Ihre Partei das BCP zu entfristen?

Das Berliner Chancengleichheitsprogramm hat wichtige Impulse gesetzt und zur positiven Entwicklung beigetragen. Eine Verstetigung kann sinnvoll sein, wenn die Maßnahmen weiterhin wirksam sind und regelmäßig evaluiert werden. Für uns ist entscheidend, dass Programme nicht automatisch verstetigt werden, sondern ihre Wirkung belegen und flexibel angepasst werden können. Ziel muss eine kontinuierliche Verbesserung sein, nicht die Fortschreibung bestehender Strukturen.

Wie soll Gleichstellung in Drittmittelprogrammen des Landes künftig verankert werden?

Gleichstellungsaspekte können ein sinnvolles Kriterium sein, sollten aber die wissenschaftliche Qualität nicht überlagern. Für uns gilt, dass Exzellenz und Chancengleichheit zusammen gedacht werden müssen, ohne zusätzliche Hürden im Wettbewerb zu schaffen. Drittmittelprogramme sollten so ausgestaltet sein, dass sie faire Bedingungen schaffen, aber gleichzeitig offen für die besten Ideen bleiben. Wissenschaftliche Qualität muss der zentrale Maßstab bleiben.

Wie kann die Berliner Geschlechter- und Diversitätsforschung weiterentwickelt werden?

Forschung muss grundsätzlich frei sein – auch in der Wahl ihrer Themen und Methoden. Wie die Geschlechter- und Diversitätsforschung weiterentwickelt wird, ist Sache der Wissenschaft. Politische Steuerung von Forschungsschwerpunkten lehnen wir ab.

Gute Arbeit und erfolgreiche Karrieren für Frauen

Was kann Berlin zur Stabilisierung der wissenschaftlichen und künstlerischen Karrierewege von Frauen tun?

Ein zentraler Punkt sind planbarere Karrierewege und verlässlichere Übergänge zwischen Qualifikationsphasen. Wir sehen insbesondere bei Befristungen und unsicheren Perspektiven Handlungsbedarf, der viele Talente aus dem System drängt. Gleichzeitig müssen Verfahren transparenter und nachvollziehbarer werden, um Vertrauen in Karriereentscheidungen zu stärken. Ziel ist ein System, das Leistung anerkennt und gleichzeitig planbare Perspektiven bietet.

Welche Maßnahmen sehen Sie als wesentlich, um den Professorinnenanteil von 50% zu erreichen?

Wir wollen den Anteil von Frauen in Professuren deutlich erhöhen, setzen dabei aber auf bessere Rahmenbedingungen statt starrer Quoten. Dazu gehören transparente Berufungsverfahren, gezielte Förderung in frühen Karrierephasen und bessere Vereinbarkeit von Familie und wissenschaftlicher Laufbahn. Entscheidend ist, dass Auswahlprozesse fair und nachvollziehbar sind und alle Talente gleiche Chancen haben. Nachhaltige Veränderungen entstehen aus strukturellen Verbesserungen, nicht aus kurzfristigen Zielvorgaben.

Wie stellen Sie Gute Arbeit und Entgeltgerechtigkeit im Verwaltungsbereich sicher?

Gute Arbeit bedeutet für uns faire Bezahlung, transparente Entgeltstrukturen und moderne Arbeitsbedingungen. Der öffentliche Dienst muss hier Vorbild sein und seine eigenen Strukturen regelmäßig überprüfen und weiterentwickeln. Dazu gehört auch, Entwicklungsperspektiven zu schaffen und Leistungen angemessen anzuerkennen. Nur so bleiben Hochschulen auch als Arbeitgeber attraktiv.

Welche politischen Weichen werden Sie stellen, um Familiengerechtigkeit zu verbessern?

Familienfreundliche Strukturen sind ein entscheidender Faktor für echte Chancengleichheit. Dazu gehören flexible Arbeitsmodelle, verlässliche Kinderbetreuung und planbare Karrierewege, insbesondere in frühen wissenschaftlichen Phasen. Wir sehen hier sowohl die Hochschulen als auch das Land in der Verantwortung, entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen. Ziel ist, dass sich Familie und

wissenschaftliche Karriere nicht ausschließen.

Was werden Sie konkret unternehmen, um Strukturen zu Vielfalt und Antidiskriminierung zu stärken?

Wir unterstützen Maßnahmen, die Diskriminierung wirksam verhindern und Vielfalt ermöglichen. Dazu gehören klare Verfahren, Anlaufstellen und eine transparente Aufarbeitung von Vorfällen. Gleichzeitig ist für uns entscheidend, dass Hochschulen Orte des offenen Diskurses bleiben und nicht durch politische Vorgaben eingeschränkt werden. Vielfalt und Meinungsfreiheit gehören für uns zusammen.

Berlin kann nur dann ein führender Wissenschaftsstandort bleiben, wenn Freiheit, Leistung und Chancengleichheit zusammen gedacht werden. Genau dafür stehen wir als Freie Demokraten.

Gerne stehen die Kandidatinnen und Kandidaten der Freien Demokraten bei Fragen für einen Austausch zur Verfügung. Wir werden Fragen und Antworten zu diesem Wahlprüfstein auch auf unserer Website veröffentlichen.

Herzliche Grüße

Christoph Meyer

Landesvorsitzender der FDP Berlin und Spitzenkandidat zur Abgeordnetenhauswahl 2026